Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1924

30.1.1924 (No. 25)

Visual Library

Nr. 25 62. Jahrgang — Mittwoch, den 30. Januar 1924

Bezugspreis (freibleibend) 16.—31. Januar durch Träger 1.40 Mk (bei der Abholstelle in Karlsruhe 1.30 Mk.) wöchentl. Einzelnummer 12 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen
Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklameteil 25 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Betreibung und bei Konkurs wegfällt.
Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil: Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen und Reklame: Josef Ellenbast, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Das französische Kriegsgericht in Landau fällte gegen deutsche Schüler eine Reihe unmenschlicher Urteile.

In einer Entschließung des Geschäftsführenden Ausschusses der D.V.P. wird ausgedrückt, daß angesichts des derzeitigen Besatzungsdrucks und der Höhe der Besatzungskosten eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage ausgeschlossen sei. Die Reichsregierung wird ersucht, die Aufmerksamkeit der in Berlin weilenden Sachverständigen hierauf hinzuweisen.

Die Sachverständigen sind gestern abend in Berlin eingetroffen und halten heute vormittag eine Sitzung ab.

Der englische Dockarbeiterstreik ist für 16. 2 beschlossen.

Gestern kam in der französischen Kammer der Wiederaufbauskandal zur Sprache, wobei schwere Beschuldigungen gegen den Wiederaufbauminister Reibel erhoben wurden.

Ab 1. März wird der Personentarif bei der Reichsbahn um 50 Prozent erhöht werden.

Wirtschaftskrise und Sozialpolitik.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprach am Sonntag vor einer Versammlung von Vertretern der christlichen Gewerkschaften des Westens in Hagen über die sozialpolitische Lage und den Einfluß der Wirtschaftskrise auf die Sozialpolitik.

Dr. Brauns ging nach dem Bericht des Deutschen aus von dem Schlagwort der „Krisis in der Sozialpolitik", das seit etwa einem Jahre in der sozialpolitischen Diskussion eine Rolle spielt und gab zu, daß man bei der Fragestellung, die in dem Thema liege, mit Recht von dem Grundsatz ausgehe, daß Sozialpolitik und Wirtschaft in wesentlichen Punkten in untrennbarem Zusammenhange stünden. Schwere, langandauernde wirtschaftliche Krisen müßten auf Maß, Mittel und Wege der Sozialpolitik einen Einfluß ausüben; ebenso richtig bleibe es aber auch, daß selbst durch eine allgemeine schwere Wirtschaftskrise das Prinzip der Sozialpolitik selbst und ihre grundsätzliche Notwendigkeit nicht angetastet werden dürfe.

Was zunächst die Sozialversicherung angehe, so sei sie durch die Periode der Inflation zwar in ihrem Bestande erschüttert worden, heute sei aber festzustellen, daß das Versicherungswesen als gerettet gelten könne. Die Leistungen reichen im Durchschnitt wieder an die Friedensleistungen heran. Mit dieser Besserung wachse auch wieder das Ansehen und das Vertrauen auf die Versicherung. Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Beschäftigung. Am 15. Januar habe Deutschland rund drei Millionen unterstützte Vollarbeitslose gehabt, ebensoviel unterstützte Familienangehörige und eineinhalb Millionen unterstützte Kurzarbeiter. Ungefähr die Hälfte davon entfallen auf das besetzte Gebiet. Im allgemeinen habe sich die Verordnung über die Aufbringung von Mitteln für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 bewährt. Gewisse Unzuträglichkeiten würden demnächst durch eine Ergänzungsverordnung beseitigt. An dem Grundsatz der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden. Sobald die finanzielle Lage es erlaube, würden die Unterstützungssätze heraufgesetzt werden, allerdings nicht um den Preis einer neuen Inflation.

Die Wirtschaft habe jetzt alle Bewegungsfreiheit, die sie sich berechtigter Weise wünschen könne. Nachdem auch die Demobilmachungsvorschriften weggefallen seien, und seit Monaten wertbeständiges Geld eingeführt sei, müsse von der Wirtschaft verlangt werden, daß sie ihrerseits zu den früheren Grundsätzen: scharfe Kalkulation, großer Umsatz, kleiner Nutzen zurückkehre. Das werde auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitsnot sein.

Eingehend besprach Dr. Brauns die Regelung der Arbeitszeit. Er gab zu, daß die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember im Aufbau nicht dem juristischen und im Inhalt nicht dem sozialpolitischen Ideal entspräche. Sie sei aber nur als Notverordnung gedacht. Die Arbeitgeber, die gegen die Verordnung kämpften, täten dies letztlich, weil sie die Arbeitszeit überhaupt der staatlichen Regelung vorenthalten wissen wollten; ein Teil der Arbeitgeber bekämpfe sie mehr aus doktrinären Gesichtspunkten, ein anderer Teil aus tatsächlich sozialpolitisch reaktionären Gedankengängen heraus. Bedenke man aber, daß die Verordnung die Regelung der Arbeitszeit grundsätzlich den organisierten Arbeitsparteien überlasse (Tarifvertrag), daß sie ferner weder die gesetzlich ungeregelte Arbeitszeit der Vorkriegszeit anerkenne, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen starre Schranken setze, so dürfe man der Verordnung immerhin Verständnis entgegenbringen.

Die Krisis der Wirtschaft sei auch zu einer Krisis der Löhne geworden. Er, Dr. Brauns, habe sich nie auf eine bestimmte Lohnhöhe festgelegt, er halte eine derartige Festlegung garnicht für möglich, weil die Lohnhöhe auch von der besonderen Lage der einzelnen Industrien abhängen müsse. Er lehne die schematische Lohnpolitik ab, betonte aber, daß die bedrängte Lage einzelner Arbeitnehmergruppen nicht dazu führen dürfe, auch in anderen Industriezweigen, die nicht unter derartigem Zwange stünden, die Löhne niedrig zu halten, daß es vielmehr zur Stärkung der Konsumkraft und Belebung der Wirtschaft unbedingt nötig sei, in der Lohnhöhe überall so weit zu gehen wie irgend möglich. Besonders heftige Angriffe habe in der letzten Zeit unter dem Schlagwort der „Zwangstarife" die Neuregelung des Schlichtungswesens erfahren. Wo eine freiwillige Einigung nicht möglich sei, wo die Interessengegensätze feindlich aufeinanderstießen und zu Kämpfen führten, die die Allgemeinheit schädigten, sei es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Staates, einzugreifen. An den Grundlagen des neuen Arbeitsrechtes sei bisher nichts geändert worden und soll nichts geändert werden. Festzuhalten sei an der Koalitionsfreiheit, der Anerkennung der Gewerkschaften als der berufenen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen, der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen, dem paritätischen Schlichtungswesen und dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte.

Unsere Lage erfordert eine strenge und mutige Nachprüfung: Undurchführbares müsse man fallen lassen und Uebertriebenes auf das rechte Maß zurückführen. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn jemand die Zeit für gekommen hielte, zu Anschauungen und Handlungsweisen zurückzukehren, die ein- für allemal in Deutschland überwunden sein müßten.

Die Sachverständigen in Berlin.

Heute erste Sitzung.

Der gestern abend im Hotel „Esplanade" eingetroffene General Dawes erklärte Pressevertretern, daß er nichts sagen könne, als daß er sich freue, in Berlin zu sein, um die tätige Zusammenarbeit der deutschen Regierung und des deutschen Volkes zu würdigen. Von den Pressevertretern befragt, ob er bereits sämtliche gewünschten Informationen erhalten habe, antwortete er, daß das gewünschte Material zum größten Teil eingegangen sei.

Die erste Sitzung der Sachverständigen findet heute vormittag 1 Uhr im Reichswirtschaftsrat mit Vertretern der Wirtschaft statt. Irgendwelche weiteren Erklärungen sollen nicht ausgegeben werden.

*

Zu dem Eintreffen der Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses in Berlin schreibt die Germania: Wir knüpfen an die Ergebnisse der Arbeit der Sachverständigen weder übertriebene Hoffnungen, noch halten wir sie für zwecklos; das letztere schon deshalb nicht, weil man zu der Objektivität der Männer, die morgen ihre Arbeit in Berlin beginnen, das Vetrauen haben darf, daß sie rein sachlich an die Probleme herangehen werden. Die Aussichten für die Errichtung einer deutschen Goldnotenbank hält das Blatt für nicht ungünstig und glaubt sogar, daß das Institut Ende März seine Tätigkeit endgültig aufnehmen könne. Der Plan hinsichtlich der Schaffung einer rheinisch-westfälischen Goldnotenbank verlöre damit seine Bedeutung, und es sei anzunehmen, daß diese Absicht nicht weiter verfolgt werde.

*

Die Sachverständigen haben Paris in durchaus zuversichtlicher Stimmung verlassen. Ihre Erhebungen über den Wert der deutschen Eisenbahnen sind nach der Vernehmung der beiden französischen und englischen Sachverständigen als abgeschlossen anzusehen. Der Newyork Herald versichert, daß General Dawes und seine Mitarbeiter den Wert der deutschen Eisenbahnen auf 28—30 Milliarden veranschlagt, wobei der Umstand, daß diese Eisenbahnen durch die Entwertung der Papiermark völlig schuldenfrei ist, als Vorteil ins Gewicht fällt. Das Eisenbahnsystem wird nicht nur dazu benutzt, um den deutschen Haushalt auszugleichen, sondern hat auch als Unternehmen für die künftige Anleihe zu dienen.

—(*)—

Des Separatisten-Terror.

Ein unmenschliches Urteil.

Vor dem Einmarsch der Separatisten in Speyer hatten sich eine Anzahl bayerischer Mittelschüler an einer Selbstschutzorganisation gegen die Sonderbündler beteiligt. Die Teilnehmer wurden von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet und nach Landau ins Gefängnis gebracht. Unter brutalen Mißhandlungen wurden die Schüler nun zu sogenannten Geständnissen gezwungen, die den Franzosen willkommene Gelegenheit boten, ihrer Brutalität freien Lauf zu lassen.

Das französische Kriegsgericht in Landau verhandelte jetzt die Angelegenheit und fällte folgende, jeder Menschlichkeit und jedem Gerechtigkeitsgefühl hohnsprechende Urteile: Den Schülern Vold, Graf, Schlamm und Rehrold wurden je zwei Jahre Gefängnis und 1000 Goldmark Geldstrafe zudiktiert. Bei den übrigen jugendlichen Angeklagten lauteten die Urteile: bei Nisser auf 15 Monate Gefängnis 1000 Goldmark Geldstrafe, Fritz Becker 1 Jahr Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe, Behm 8 Monate Gefängnis, 100 Mark Geldstrafe, Hechner 1 Jahr Gefängnis 1000 Mark Geldstrafe, Franz 6 Monate Gefängnis 300 Lark Geldstrafe, Ferber 4 Monate Gefängnis 200 Mk. Geldstrafe, Hans Becker 3 Monate Gefängnis, 200 Mk Geldstrafe.

In Abwesenheit wurden verurteilt: Dr. Graf 20 Jahre Zwangsarbeit, Dr. Baumann 10 Jahre Zwangsarbeit, Mann und Wüst zu je 6 Jahren Gefängnis, Wächter, Riegel, Dehn, Mayer und Häpmer je 2 Jahre Gefängnis.

Im Verlaufe der Verhandlung gab der französische Staatsanwalt selbst zu, daß die Angeklagten im Gefängnis durch Angehörige der französischen Besatzung brutal mißhandelt worden seien. Unter den französischen Schergen hat sich ein gewisser Joulin besonders hervorgetan.

Bestialische Mißhandlungen seitens der Separatisten.

Am 13. Januar hatten sich einige junge Leute bei einer Speyerer Familie zu einer Verlobungsfeier des Bankbeamten Grieser zusammengefunden. Dabei soll auch das Deutschlandlied gesungen worden sein. Um 8 Uhr abends erschien französische Polizei und stellte die Personalien der jungen Leute fest. Eine halbe Stunde später erschienen bewaffnete Separatisten und verhafteten die Leute und schleppten sie mit dem Gastgeber, seiner Frau und ihrem 7jährigen Kinde in das Amtsgefängnis Speyer. Unterwegs wurden die Verhafteten mit Gummiknüppeln mißhandelt. Unter diesen befand sich auch ein Kriegsverletzter. Der Bankbeamte Grieser wurde blutig geschlagen und bewußtlos in das Gefängnis eingeliefert. Trotzdem wurde er im Gefängnis derart mißhandelt, daß das Blut vom Kopf bis zur Decke seiner Zelle spritzte. Grieser ist an den Folgen seiner fürchterlichen Verletzungen (Gehirnerschütterung und zersplitterte Gehirnschale) am 27. Januar gestorben.

Der Kampf gegen die Spekulation

Der Senat hat das Spekulationsgesetz gestern nachmittag angenommen. Dementsprechend werden Personen, die ohne Zufluchtnahme zu betrügerischen Mitteln mit der nationalen Währung spekulieren oder Spekulationen versuchen, zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 3 Jahren und Geldstrafen bis 5000 Franken verurteilt. Falls Betrug nachgewiesen wird, erhöht sich diese Strafe auf 1 bis 5 Jahre Gefängnis bezw. auf Geldstrafen, die zwischen 1000 und 20 000 Franken liegen. Weiter haben diejenigen, die den Verkauf von Renten und Staatspapieren künstlich zu Spekulationszwecken herbeiführen, Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren und Geldstrafen bis 20 000 Franken zu gewähren. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung auch das von Senator Poull eingebrachte Amendement angenommen, wonach ausländische Spekulanten den französischen Boden verlassen müssen.

—(*)—

Der französische Wiederaufbauskandal vor der Kammer.

Die gestrige Kammersitzung befaßte sich in der Hauptsache mit dem sogenannten Wiederaufbauskandal. Der Wiederaufbauminister Reibel mußte heftige Angriffe, zumal vonseiten des Abg. Jughels über sich ergehen lassen; auch Abgeordnete des Mehrheitsblocks haben an der Geschäftsführung des Ministers scharfe Kritik geübt. Im Laufe der Debatte ergriff Minister Reibel dann das Wort zu einer längeren Rechtfertigung. Er sagte: Ich muß diesen Beschuldigungen, die nicht nur mich, sondern auch alle Minister treffen, die seit 1916 das Wiederaufbauministerium verwalteten, zurückweisen. (Lebhafte Proteste auf der äußersten Linken.) Ich muß ausdrücklich versichern, daß keiner der Männer, die nacheinander das Wiederaufbauministerium verwalteten, sich um das Vertrauen des Landes gebracht hat. Reibel machte dann sachliche Angaben und betonte, es habe sich nach Ausgang des Krieges darum gehandelt, im Wiederaufbau Nordfrankreichs, zumal aus Rücksichten auf die industriellen Bedürfnisse, rasch fortzuschreiten. Er schreibe sich das Verdienst zu, die Nachprüfung der angemeldeten Kriegsschäden stets sorgfältig vorgenommen zu haben. Es sei ihm auf diese Weise gelungen, beträchtliche Ersparnisse zu machen. Ursprünglich hätte man mit 100 Milliarden Franken an Schadenersatzansprüchen gerechnet. Durch eine entsprechende Nachprüfung sei es ihm aber gelungen, diesen Betrag auf 82 Milliarden zu reduzieren. Die meisten Schadenersatzansprüche seien geregelt. Zurzeit komme es nur noch darauf an, solche, die sich auf 20—30 Milliarden belaufen, nachzuprüfen. Reibel fügte hinzu, er habe stets nur Mindestansprüche zugestanden. „Ich habe überall gerichtliche Verfolgungen eingeleitet, sobald mir ein Mißbrauch oder eine Hinterziehung mitgeteilt wurde. Es ist mir gelungen, von 500 Personen, gegen die ich Klage einreichte, 200 zur Verurteilung zu bringen." (Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten und der äußersten Linken.) Der Minister fordert die Kammer dann auf, ein Projekt anzunehmen, wonach sämtliche seit 1918 eingereichten Schadenersatzansprüche von einer Untersuchungskommission in vollem Umfang nachgeprüft werden sollen. Die Kammer setzt die Beratung heute nachmittag fort.

—(*)—

Beilegung des englischen Eisenbahnerstreiks.

Der englische Eisenbahnerstreik ist beigelegt worden.

Der englische Eisenbahnerstreik, der sich auf über 60 000 Lokomotivführer und Heizer der N. T. S. S. erstreckte, begann am Mittwoch voriger Woche und dauerte gerade 8 Tage. 80 Prozent des gesamten Verkehrs lag still. Gefahren wurden nur die Bootszüge nach dem Kontinent, einige Auslandsexpreßzüge, sowie einige Vorortzüge von London. Der Güterverkehr ruhte ganz, was für London eine vollkommene Erschöpfung des Kohlenvorrats bedeutete. Wenn der Streik keine katastrophilen Folgen hatte, so ist das der Inselbeschaffenheit Englands zuzuschreiben. Eine Ausbreitung des Streiks wurde dadurch verhindert, daß in den fahrenden Zügen von den Führern gesammelt wurde, wobei mehrere Pfund zusammenkamen, die die Blackley bei Arbeitslust erhielt. Die Streikenden, die den Kampf gegen die Gesellschaften und gegen deren Vereinigungen und Direktionen aufgenommen hatten, haben den Streik restlos verloren. Der Streikführer ist ein gewisser Bromley, der sich nicht zu den Sozialisten, sondern zu den Liberalen rechnet.

Der englische Dockarbeiterstreik beschlossen.

Die Vertreter von 120 000 Dockarbeitern haben gestern beschlossen, die Einstellung der Arbeit am 16. 2. in sämtlichen Häfen Großbritanniens anzuordnen, wenn bis dahin keine entsprechende Lösung der Lohnfrage zustandekommt. Die Arbeitgeber ihrerseits erklären, daß sie angesichts des Rückgangs der Geschäfte nicht imstande seien, die geforderte Lohnzulage zu bewilligen; sie würde jährlich Mehrkosten in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling mit sich bringen.

Keine rheinisch-westfälische Goldnotenbank.

Nachdem Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit günstigen Aussichten für die Gründung der neuen Deutschen Goldnotenbank aus Paris zurückgekehrt ist, hat die Reichsregierung Louis Hagen ersucht, er möge seine Bemühungen um die Gründung einer besonderen rheinisch-westfälischen Goldnotenbank einstellen. Geheimrat Hagen hat der Regierung geantwortet, das sei bereits geschehen.

Neue Tariferhöhung bei der Reichsbahn.

Die Vossische Zeitung berichtet: Während im Güterverkehr eine erfreuliche Verbilligung der Tarife um acht Prozent stattgefunden hat, werden die Personentarife um 50 Prozent in der dritten und vierten Klasse voraussichtlich zum 1. März erhöht werden. Anlaß zu dieser Maßnahme wird sein, daß 45 Prozent aller Reisenden ermäßigt fahren.

—(*)—

Deutschland und der Völkerbund.

Aus Berlin wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, ist in der deutschen Öffentlichkeit u. namentlich im Ausland in der letzten Zeit vielfach erörtert worden. Namentlich hat Lord Grey in einer großen Versammlung in London sich zu diesem Gegenstand wieder geäußert. Lord Grey ist nicht der nächste Beste, seinen Einfluß auf die Gestaltung der politischen Geschicke Englands ist heute noch unvermindert vorhanden. Lord Grey hält den Völkerbund in seinem gegenwärtigen Zustand allerdings nicht für das geeignete Friedensinstrument. Er meint aber, daß der Völkerbund diesen Charakter erhalten könne, wenn Deutschland ihm beitreten und die Satzungen des Bundes unterschreiben würde. Unter dieser Voraussetzung würde nach Lord Greys Meinung auch die Frage der „Sicherung" für Frankreich ihre Lösung finden können. Denn dann würde England ein Angebot an Frankreich machen, das folgendermaßen bestimmen würde: England würde strikteste Neutralität wahren, wenn in einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland beide Parteien gegen die Satzungen des Völkerbundes verstoßen hätten. Würde in einem solchen Konflikt nur eine von den beiden Parteien gegen die Satzungen des Bundes verletzen, dann würde England bereit sein, denjenigen Staat, der sich einer Verfehlung nicht schuldig gemacht hat, nicht nur zu unterstützen, sondern den andern Staat, der die Satzungen verletzt hat, zu ihrer Achtung mit Waffengewalt zwingen.

Die Worte Lord Greys sprechen sicherlich für die hohe Auffassung des Wertes eines, durch Deutschland ergänzten Völkerbundes. Wir können versichern, daß es auch der Reichsregierung und der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes eine ehrliche Genugtuung bereiten würde, wenn sie sich in der Lage sehen könnten, dem Völkerbunde beizutreten. Aber dann muß die auch von Lord Grey ausgesprochene Voraussetzung erfüllt werden, daß dieser Völkerbund alle Teilnehmer gleichachtet, daß jedes Mitglied gleichberechtigten Anteil an den Verhandlungen nehmen kann und daß niemandem Zumutungen gestellt werden, die sich mit der nationalen Würde seines Volkes einfach nicht vertragen. Und hier liegen die Hindernisse auch schon umschrieben, die Deutschland einen Beitritt zum Völkerbund gegenwärtig unmöglich machen. Im besonderen sind es zwei Gründe:

Die für die Zulassung Deutschlands von der deutschen Regierung geforderte Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Versailler Friedensvertrages kann unmöglich zugestanden werden.

Und daraus ergibt sich der zweite entscheidende Hinderungsgrund: Eine solche Anerkennung würde bedeuten, daß wir auch den durch diesen Vertrag und seine spätere Ergänzungen geschaffenen Besitzstand des Reiches anerkennten. Wir müßten also unter anderem die Abtretung Oberschlesiens als endgültig hinnehmen und dergleichen mehr. Auch das ist unmöglich und unerträglich und aus diesen Gründen wird Deutschland, solange man ihm nicht eine bestimmte Garantie für eine Gleichberechtigung gibt, sich vom Völkerbund fernhalten müssen.

—(*)—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein goldenes Priesterjubiläum

mit politisch-schmerzlichen Erinnerungen.

II.

Wer die Kämpfe während des 19. Jahrhunderts und insbesondere der sechziger und siebziger Jahre zwischen Staat und Kirche in Baden an sich vorüberziehen läßt, dem legt sich angesichts der schweren Schäden für beide Teile der Gedanke an Verständigung nahe. Eine solche Verständigung war auch tatsächlich von kirchlicher wie staatlicher Seite zunächst gewünscht durch Abschluß eines Konkordates zwischen Papst und Großherzog, das alle strittigen Fragen geregelt hätte. Viel Zank und Streit, Gewissensnot und Ungerechtigkeit wären dadurch vermieden worden. Aber der Liberalismus in der badischen Volksvertretung wollte es anders; er, der in jenen Tagen alle Macht im Parlament und in der Presse hatte, entfachte im Jahre 1859 und 1860 einen Sturm gegen das Konkordat und Großherzog Friedrich I., selbst politisch liberal, wenn auch sonst konservativ, wollte sich in dieser Sache dem Liberalismus nicht versagen und ließ das Konkordat fallen. Damit wurden alle die Fragen über das Verhältnis von Staat und Kirche Gegenstand der Gesetzgebung und mußten vor einem Parlament behandelt werden, das alles, nur kein Veerständnis für katholisches Wesen und katholisches Denken hatte. Infolgedessen konnten die Konflikte nicht ausbleiben, die eine so beklagenswerte Rolle in der Geschichte des Großherzogtums spielen. Von diesem Punkte aus versteht man aber auch die parlamentarische Aktion des katholischen Volkes und seiner Führer. Nachdem einmal alle diese Fragen der ruhigen, sachverständigen Behandlung der Berater des Papstes und des Großherzogs entzogen und dem Befinden des liberalen Parlaments anheim gegeben waren, mußte im Parlament die katholische Gegenaktion erfolgen und so stark werden, daß man sie nicht überhören konnte! Und ebenso wird es von diesem Punkte aus klar, daß diejenigen Männer die zielklarsten und konsequentesten Vorkämpfer der kirchlichen Freiheit waren, die sich voll und ganz auf den Standpunkt stellten, daß vom Parlament aus der Boden bereitet werden müsse zur Erringung der Freiheit, die das Wesen der katholischen Kirche verlangt. Der entschiedenste Vertreter dieser Ueberzeugung war bekanntlich Wacker. Damit bekämpfte er den badischen, kirchenfeindlichen Liberalismus von dem Boden aus, auf den sich der Liberalismus selber im Jahre 1860 gestellt hatte. Und der Erfolg hat ihm später recht gegeben.

* *

Nun zum Staatsexamen der Geistlichen. Das Staatskirchentum hatte seit Bestehen der Erzdiözese dafür gesorgt, daß die weltliche Regierung wenigstens der Form nach das entscheidende Wort auch bei der Fachprüfung der katholischen Geistlichen zu sprechen hatte, obwohl es für den religiös und kirchlich Gesinnten keinem Zweifel unterliegt, daß über die Zulassung zum geistlichen Stand und das hierfür notwendige Maß von Kenntnissen die Kirche allein das letzte Wort haben muß. Damit ist keineswegs bestritten, daß auch der Staat ein Interesse an einer möglichst guten Allgemeinbildung eines auch für das staatliche Leben so wichtigen Standes wie des geistlichen hat. Der Staat hat deßhalb auch von Anfang an in Baden vorgeschrieben, daß der Geistliche, wie der Jurist und Mediziner und Kameralist das Reifezeugnis eines Gymnasiums haben und gewisse Vorlesungen an der Hochschule gehört haben müsse. Dagegen hatte auch die Kirche nichts einzuwenden. Dagegen verwahrten sich die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz im Jahre 1851 dagegen, daß weltliche Regierungen bei der theologischen Prüfung ein Wort mitsprachen und verlangten das Recht der völlig freien Prüfung. Die badische Regierung erließ im Jahre 1853 dagegen eine Verordnung, die den bisherigen Zustand, daß ein staatlicher Kommissar der theologischen Prüfung beiwohnte und der Staatsregierung Bericht erstattete, aufrecht erhielt. Erzbischof Hermann von Vikari beachtete jedoch diese Verordnung nicht. Im Gesetz von 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen wird allgemein angeordnet, daß die Zulassung zu einem Kirchenamt durch den Nachweis einer allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung (regelmäßig: Zeugnis über bestandenes Abiturium, dreijähriger Besuch einer deutschen Universität, philosophische Vorlesungen, wie Juristen, Mediziner und Kameralisten) bedingt sei; das Nähere werde durch Regierungsverordnung bestimmt.

Diese Verordnung erschien 1867 unter Minister Jolly, der zum eigentlichen Konfliktsminister wurde. Staatsminister Lamey hatte die Durchführung des Staatsexamens abgelehnt. Hier verlangte der Minister des Innern auf einmal für die Theologen nicht mehr dasselbe, wie für Mediziner, Juristen und Kameralisten, sondern stellte eine lange Reihe von Forderungen bezüglich des Nachweises einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung. Während Angehörige anderer Fakultäten nach vollendetem Universitätsstudium lediglich ihre Fachprüfung zu machen hatten, belastete Jolly die Theologiestudierenden mit einer Prüfung ihrer Allgemeinbildung und schrieb in der kleinlichsten Weise alles bis ins Einzelne vor, so z. B. lateinischen Stil, Uebersetzung von lateinischen und griechischen Schriftstellern, Kenntnis der Geschichte der Philosophie, Weltgeschichte, Geschichte der europäischen Staaten, insbesondere seit dem 16. Jahrhundert, Litteraturgeschichte, Staatsverfassung von Baden. Die Prüfung sollte vor einer durch das Ministerium des Innern zu ernennenden Kommission abgelegt werden. Der Jurist Reinhold Baumstark nannte das eine „harte Zumutung" für die Theologen, „welche den Juristen, Medizinern und Kameralisten erlassen bleibt". Erzbischof Hermann von Vikari verbot den Theologen nicht nur die Ablegung dieser Prüfung, sondern auch ein Gesuch um Dispens von ihr. Es folgten wieder Verhandlungen hin und her mit dem Resultat, daß 1872 die Verordnung von 1867 nur wenig modifiziert wurde. Inzwischen war Erzbischof von Vikari gestorben und Weihbischof Dr. von Kübel, Erzbistumsverweser geworden. Er nahm dieselbe Haltung ein, wie sein großer Vorgänger und wiederholte das Verbot, das geforderte Staatsexamen abzulegen. Reinhold Baumstark sagt in seiner Schrift „Die Wiederherstellung der kathol. Seelwege im Großherzogtum Baden": „Die Verordnung vom 2. November 1872 ist einem engen und kleinlichen Geist entsprungen."

Aber dieser enge und kleinliche Geist war von einer geradezu fanatischen Energie. Als Jolly mit Verordnungen nicht durchkam, ging er auf gesetzgeberischem Wege vor; er wollte unbedingt die Kirche seinem Willen unterwerfen. Er fand in der von fast lauter kirchenfeindlichen Liberalen besetzten zweiten Kammer begeisterte Gefolgschaft. Und so wurde das Gesetz vom 19. Februar 1874 geschaffen, das nach menschlicher Berechnung ein tötlicher Schlag für die Freiheit der Kirche werden konnte und sein sollte und dessen Maschen so raffiniert angelegt waren, daß es unmöglich schien, sich nicht in ihnen zu verstricken. Das Gesetz schrieb die genannte Prüfung nicht nur allgemein vor, sondern enthielt auch noch die nur als frech zu bezeichnende Beifügung, daß die Gesetzesparagraphen auch Anwendung auf den Kapitularvikar, den Generalvikar, die außerordentlichen Räte und Assessoren des Ordinariats, auf die Vorsteher und Lehrer dse Seminars fänden; als ob das Ministerium in Baden erst dafür sorgen müßte, daß die Räte des Bischofs über die genügende Allgemeinbildung verfügen! Weiterhin aber waren dem Gesetz Strafbestimmungen beigefügt, bei denen an alles gedacht war. Geistliche, welche kirchliche Funktionen öffentlich ausübten, die ihnen ohne Beachtung dieses Gesetzes übertragen waren, sollten mit 60—300 Mark oder mit Gefängnis von 3—6 Monaten bestraft werden; kirchliche Obere, welche einem Geistlichen entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes ein Kirchenamt bezw. kirchliche Funktionen übertrugen oder einem nach dem Gesetz Unfähigen kirchliche Einsetzung erteilten, sollten mit 300 —1500 Mark oder bei einer Wiederholung mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu einem Jahr gestraft werden. Minister Jolly dachte aber auch daran, daß es Geistliche geben könnte, die ihrem Bischof den Gehorsam verweigerten und daher vom Bischof zur Ordnung gerufen werden müßten; in dieser Voraussicht bestimmt das Gesetz eine Geldstrafe von 700—1500 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten für den kirchlichen Obern, der eine kirchliche Verfügung oder Erkenntnis gegen die Freiheit oder das Vermögen einer Person gegen deren Willen zu vollziehen sucht. Aehnliche Strafen wurden im Gesetz ausgesprochen gegen Geistliche, die kirchliche Straf- oder Zuchtmittel verhängen oder verkünden, um zur Unterlassung einer Handlung zu bestimmen, zu der die Staatsgesetze verpflichten, oder um die Ausübung oder Nichtausübung von Wahl- und Stimmrechten in bestimmter Richtung herbeizuführen. Auch Wahlbeeinflussung durch Geistliche wurde unter Strafe (60—600 Mark) gestellt; selbst Amtsentsetzung konnte für Geistliche eintreten und das Verbot öffentlicher Ausübung kirchlicher Funktionen.

Was Regierung und Kammer hiermit zum Gesetz machten, war einfach ungeheuerlich und geeignet, die gesamte Seelsorge lahm zu legen. Mit Recht sagte damals der Landtagsabgeordnete Hansjakob in der zweiten Kammer:

„In der Tat die Kirche hat heutzutage im modernen Staat kein anderes Recht, als das, welches ihr von der jeweils herrschenden Kammermajorität gewährt wird... Der moderne Staat wendet Radikalkuren gegenüber der Kirche an, aber es ist hier nicht das gewöhnliche Verhältnis zwischen Doktor und Patient, hier wird nicht der Patient, sondern der Doktor, d. h. der Staat, an seiner Medizin zugrunde gehen. Es wird solange gekämpft werden, bis das große Wort Bismarcks sich bewahrheitet, daß „das Narrenschiff der Zeit zerschellt an dem Felsen der christlichen Kirche."

In der Uebergangsbestimmung war nun gesagt, diejenigen Geistlichen, welche zur Zeit der Verkündung dieses Gesetzes ihre theologische Prüfung schon gemacht bezw. zu Priestern geweiht seien, soweit sie unter die schon 1867 gegebene Verordnung fielen, zwar ein Kirchenamt nicht erlangen könnten, bevor sie die Staatsprüfung gemacht oder Dispens von der Prüfung verlangt hätten, dagegen dürften sie wenigstens kirchliche Funktionen in widerruflicher Weise vollziehen.

Das drakonische Gesetz wurde am 19. Februar 1874 rechtsverbindlich, bekannt war sein Inhalt aber schon längere Zeit vorher durch die Kammerverhandlungen. Aus diesem Grund fuhr Weihbischof Dr. von Kübel am 30. Januar 1874 nach St. Peter, um den dortigen Seminaristen noch vor Inkrafttreten des Gesetzes die Weihe zu erteilen. Wenigstens sollten die damaligen Seminaristen noch nicht unter die Bestimmung fallen, daß sie keine kirchliche Funktionen ausüben dürften, was der Fall gewesen wäre, wenn sie, wie üblich, erst im Juli, also nach Inkrafttreten des Gesetzes ausgeweiht worden wären. Daher die denkwürdige Priesterweihe am letzten Januar 1874 vor 50 Jahren. Aber der Vorgang konnte natürlich nicht verborgen bleiben, schon etliche Tage später wußte man von der geheimen Weihe in Karlsruhe und großzügig, wie das liberale Regiment war, wurde am 4. August 1874, nachdem die Neupriester vom 31. Januar aus dem Seminar entlassen waren, eine ministerielle Verordnung rückwirkend erlassen, daß auch ihnen die Ausübung kirchlicher Funktionen verboten sei.

Ein Nachgeben der Kirchenregierung war nach den kirchlichen Grundsätzen nicht möglich, wenn nicht wieder die ganze Bildung der Geistlichkeit dem Staat unterworfen werden sollte. Damit hätte die Kirche zugestanden daß sie im Kampfe um die Freiheit, auf die sie nicht verzichten kann, ohne dem Geiste der Lehre Christi untreu zu werden, unterlegen sei. Das Staatskirchentum hätte von neuem festen Fuß gefaßt. Die Opfer waren allerdings groß, insbesondere für die Neupriester, die nach der Weihe jeweils in die Verbannung wandern mußten, weil sie kirchliche Funktionen öffentlich nicht ausüben durften; nicht einmal die Primiz konnten sie öffentlich halten. Groß waren die Opfer für die übrigen Geistlichen, die unter das Gesetz fielen. Sie durften zwar kirchliche Funktionen ausüben, konnten aber keine Pfarreien erlangen, ohne die Staatsprüfung gemacht oder Dispens erlangt zu haben. Geldstrafen und Gefängnis für junge Geistliche, die öffentlich Messe lasen, Kranken die Sterbesakramente reichten, predigten, waren an der Tagesordnung. In seinem Büchlein „Bischof Lothar von Kübel. Sein Leben und Leiden." (Herder Freiburg 1911), stellt Dr. Schofer fest, daß infolge des Sperrgesetzes in den Jahren 1875—1885 nur 136 Neupriester aus dem Seminar hervorgingen, während noch 1865—1875: 347 und 1855—1865 sogar 446 Neupriester geweiht worden waren. Es lag ein Rauhreif auf dem kirchlichen Leben, der auch noch einige Jahre andauerte, als am 11. April 1880 das Sperrgesetz aufgehoben wurde.

Aber Bischof und Geistlichkeit hielten fest zusammen, sodaß Minister Jolly bald bemerken mußte, daß sein ganzer mit so viel Schlauheit und so wenig Klugheit und Kenntnis der katholischen Volks- und Priesterseele aufgemachte Gesetzesapparat nicht die beabsichtigte Wirkung haben werde. Zwei Priester ließen sich dazu bestimmen, zur Erlangung von Pfarreien um Dispens an die Staatsregierung einzukommen. Der eine hielt es aber dann für besser zu heiraten und in den Schuldienst einzutreten; der andere verfiel nach längerem Hin und Her der Lächerlichkeit, selbst bei solchen, die seinen Schritt anfänglich gebilligt hatten und ihn gleichsam als Experiment ansahen. Sein Ziel erreichte er nicht.

Die Geschichte dieses Knebelungsgesetzes bewies aber, wie notwendig es war, die katholische Bevölkerung für den Schutz ihrer religiösen Rechte mobil zu machen. Die Erfahrungen der Zeit des Sperrgesetzes waren ein Weckruf und als der richtige Führer die Leitung der Aufklärung und politischen Organisation in die Hand nahm, wurde das, was in früheren Jahren Lindau und Lender vorbereitet hatten, fortgesetzt, verbreitert und schließlich so wirkungsvoll, daß eine gleiche Politik, wie sie Jolly getrieben hatte, einfach unmöglich wurde. Wir dürfen nur den Namen Wacker nennen, um anzudeuten, was wir meinen. Mit ihm und nach ihm wirkten und wirken andere in seinem Geist und solange das der Fall sein wird und das katholische Volk seinem Bischof treu ergeben bleibt und sich den politischen Führern nicht versagt, werden gleiche Zeiten für das katholische Volk Badens nicht mehr eintreten.

Den Jubilaren aber, die morgen, am 31. Januar, ihr goldenes Priesterjubiläum feiern, wünschen wir von Herzen Glück zu der goldenen Treue, die sie ihrer Kirche und dem katholischen Volk unter schweren Opfern gehalten haben. Mit dem, was sie taten, haben sie echt katholische und echt deutsche Treue bewiesen, denn sie sind ihrem Beruf und ihrer innersten Ueberzeugung treu geblieben.

—(*)—

Deutschland.

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Im Sparausschuß des Reichstags machte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ausführliche Angaben über den Personalabbau bei der Reichsbahn. Darnach werden mit dem 31. 1. dieses Jahres voraussichtlich 14 Prozent der Angestellten ausgeschieden sein. Zum gleichen Termin werden rund 17 Prozent der Eisenbahnarbeiter entlassen werden. Bezüglich der Eisenbahnwerkstätten kam zur Sprache, daß 16 Werkstätten im besetzten Gebiet liegen; drei Werkstätten, die in Offenburg, Limburg und Dortmund, wurden allerdings der Reichsverkehrsverwaltung zurückgegeben, aber so zerstört und so verwahrlost, daß sie erst im nächsten Haushaltsjahre in vollen Betrieb genommen werden können.

—(*)—

Ausland.

Neue Ausweisungen aus Polen. Es schien eine Zeit lang, als ob sich die polnische Regierung mit den Berliner Erklärungen bezüglich der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Mecklenburg zufrieden geben und von weiteren Repräsalien Abstand nehmen wollte. Nun hat der polnische Innenminister Woiwoden bestimmt, von Posen und Pommerellen je 150 Deutsche innerhalb zwei Tagen aus der polnischen Grenze auszuweisen.

Verleugnetes Blut.

Dorfroman von Dina Ernstberger

24) (Nachdruck verboten.)

Wieder schritt der Lindenwirt, wie schon so oft, durch das finstere Tor, welches den steinernen Hausblock mit den vielen vergitterten Fensterchen von der Außenwelt trennte. Mit vieler Mühe hatte er erreicht, daß der Schmiedfritz aus der Haft entlassen werden sollte und er wollte dem Gefangenen persönlich die befreiende Nachricht bringen. Diesmal war er nicht allein. Marta war dabei. Sie erschauerte, als sie durch die kalten, finsteren Gänge schritt. In dieser Umgebung also mußte Fritz, der Gespiele ihrer Kindheit und der Freund ihrer Jugend, leben. Er, der Sohn der Freiheit, der das Erwachen in der Natur verfolgte und sich über den ersten Frühlingssonnenstrahl erfreute und die erste Lerche trillern hörte und das verborgenste Veilchen sah. Er, der festgewurzelt an der Scholle hing, und, wenn die andern noch tief in ihren Betten schliefen, fröhlich arbeitend die Schönheiten des Sommermorgens in Gottes freier Natur genoß, er mußte hier in dumpfen Gefängnismauern leben, — eingesperrt, gesondert von allen ehrlichen, glücklichen Menschen. — Wie betäubt schritt Marta durch die Gänge. Was sollte sie ihm sagen? Konnte sie in dieser Luft überhaupt sprechen? Ihr Herz war wie in einen Schraubstock gepreßt. Mit Gewalt mußte sie sich aufraffen, als der Wärter mit einem Schlüsselbund ihnen vorausschritt. Und dann blieb er plötzlich vor einer Tür stehen. Der Lindenwirt sah Marta an. So, als wollte er sagen: Jetzt nimm dich zusammen, Marta. Wir sind am Ziel. Marta faßte den Lindenwirt am Arm. „Laß mich allein zu ihm."

Es lag so viel dringendes Bitten in den wenigen, einfachen Worten, daß der Lindenwirt sofort zustimmend nickte und zurücktrat. Und dann steckte der Wärter den Schlüssel in das Schloß. Die Türe ging auf. — Zagend ging Marta einige Schritte vorwärts. Ein Ruf aus der Zelle. Freudig und schmerzlich zugleich: „Marta!"

Da schritt das Mädchen rasch auf den bleichen, jungen Mann zu und umfaßte seine beiden Hände: „Fritz! Lieber, armer Fritz!" —

Sie sah nicht die kahlen, öden Wände der Gefängnismauern und nicht das notdürftige Lager und nicht das kleine vergitterte Guckloch oben, fast an der Decke, sie sah nur das bleiche, vergrämte Gesicht des Jugendfreundes. Im krampfhaften Druck hielt sie schweigend seine beiden Hände und dann rieselte es ihr auf einmal heiß über die Wangen.

„Ich danke dir, Marta, daß du mich net für den Schurken hältst, zu dem mich die Welt g'stempelt hat. Ich bin's net", hörte sie Fritz sprechen.

Sie unterbrach ihn. „Schweig doch, Fritz. Das ganze Dorf weiß, daß der Schmiedfritz unschuldig is."

„S' Gericht hat nichts entschieden."

„Dei Unschuld kommt noch an d'n Tag."

Fritz schüttelte traurig den Kopf. „Wie gehts mei Vater?" fragte er, auf ein anderes Thema überspringend.

„Er ist gut versorgt. Und er wird auch wieder froh und glücklich werden, wenn er ner erscht sein Fritz wieder hat. Du dürfst wieder zu uns heim. Komm' mit! Der Vater wart', und — und die Marta wart' auch. Die reiche, stolze Schulzenbauerntochter hat der Fritz ausgschlagen; vielleicht nimmt er die arm, heimatlos Marta. Fritz, ich wollt dich wieder froh und glücklich machen. Du mußt vergessen und verwinden."

Fritz machte seine Hände frei und setzte sich auf die Bank. Schweigend legte er die Hände über die Augen.

Marta setzte sich neben ihn. Zärtlich glitten ihre Finger über seine Haare. Sie sah, wie es in seinem Gesicht zuckte.

„Fritz, geh' mit heim. Was kümmert uns die Welt. Laß uns glücklich sein", flüsterte sie weich.

Da hob er den Kopf. Er schaute sie an. Heller und heller blitzte es in seinen tiefen, dunklen Augen; sein totenbleiches Gesicht färbte sich.

„Fritz, du gehst mit mir?" rief Marta hoffnungsfreudig.

Da schlossen sich die Augen wieder, als wenn sich auch der Blick vor einer großen, schweren Versuchung schließen wollte. Weiß, wie die Kalkwand der Mauer, wurde wieder sein Gesicht.

„Ich kann net heim, Marta. Mit dem Schandmal geh ich net ins Dorf zurück", sagte er gepreßt.

„Um Gottes Will'n, des kann doch dei Ernst net sein. Was kümmern uns die Menschen. Unsere Welt und unser Glück is die Schmied'n. Schau, alle die Gut'n im Dorf glaub'n an dei Unschuld."

„Es is genug, wenn einer net dran glaubt! — Ich kann net, Marta. Entehrt, als Spitzbub'n sieht mich die Heimat nimmer wieder."

Marta schaute ihn verzweifelt an. „Und dei Vater, Fritz?"

„Er geht mit mir wo anders hin. Weit fort. Wo der Schmiedfritz noch für an ehrlich'n Mensch'n gilt."

„Heimat is Heimat. Wenn dir die Fremd a alles gibt, die Heimat kanns dir net ersetz'n. Dort is unser Herz. Und dei Vater! — Fritz, a alter Mensch is wie a alter Baum. Er kann nimmer festwurzeln in fremder Erd'n und geht ein, wenn er vom alt'n Platz losg'riss'n wird. A alter Baum verträgts Versetz'n net. — Wennst aber meinst, du kannst und kannst net in die Heimat z'rück, dann laß mich mit dir gehen. Laß mich für dich und dein Vater sorg'n. Glaub mir, wenn eins euch z'fried'n mach'n kann, dann is die Marta. Gibt sie euch a net Geld und Gut, so gibts euch sicher doch a z'friedne Häuslichkeit. Und des is doch des Höchst."

Fritz sah sie an. Ernst und bewegt. Seine Lippen öffneten sich, als wollte der Mund etwas sagen, aber die Lippen schlossen sich wieder. Nur ein leiser Seufzer stahl sich durch.

Marta hatte ihn gehört. Sie drückte seine Hand. „Fritz red' mit mir. Sag' alles, was dich drückt. So gut wie ich, meints kein Mensch mir dir."

„Des weiß ich Marta."

„Also, laß mich dein Schmerz mittrag'n. Zu zweit is leichter."

„Nein, Marta. Leichter trägt sich Schuld und Schand allein. Laß' mich! Knüpf net dein ehrlich'n Namen an mein entehrten. Es könnt die Zeit gar bald kommen, wo's dich reut. — Schau, jeder Lump hat ebt des Recht, mich Spitzbub'n zu nennen und mich als seinesgleich'n zu betrachten. Es wär a Verantwortung, wollt ich in mei Unglück auch noch andere, die mich gern hab'n, flechten."

„Ich laß dich net, Fritz. Ich bitt' dich, laß mich dir wieder sein, was ich dir durch dei ganze Jugend war. Es hat a Zeit geb'n, da hast kei größeres Glück kennt, als der Marta durch die Schmied'n die verlorene Heimat wieder zu geb'n. Dortmals hat's die Marta ausg'schlag'n. Heut bitt's dich drum. Schau..."

„Red net weiter, Marta. Mach' mich net unglücklicher, als ich so schon bin. Ich hab's scho g'sagt: Es kann net sein! A ehrlicher Name, a guter Ruf entbehrt sich schwer bei Mensch'n, die immer rechtschaff'n war'n. Und dann, wenn nur du und ich wär'n, aber da sind dann auch noch Kinder. Soll'n die in früher Jugend schon g'schänd und b'schimpft sei; soll'n sie durchs ganze Leb'n ein unehrlich'n Namen trag'n? Oder könnt'st du glücklich sein, wenn du an deine Kinder denkst? Wenn du ständig zittern müßt vor dem Augenblick, wo sie greinend zu dir vom Spielplatz kämen, und dir klag'n tät'n, daß ihre Kamerad'n ihnen sag'n: Dei Vater war im G'fängnis g'sessen."

Marta antwortete nicht. Sie hielt den Kopf gesenkt. Leise weinend preßte sie das Taschentuch vor die Augen.

Da knarrte das Schloß. Der Wärter trat ein. Die Besuchszeit war zu Ende. —

(Fortsetzung folgt.)

—(*)—

Baden.

Ein kirchenpolitisches Jubiläum.

Am letzten Sonntag fand in Freiburg eine Jubiläumsfeier statt, die allgemeines Interesse hat. Prälat Dr. Brettle, der Senior des Domkapitels, feierte sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum. Der Priestergreis gehört zu den 35 Neupriestern, die am 31. Januar 1874 in aller Stille die „Notweihe" erhielten. Bischof Lothar wollte durch die vorzeitige Erteilung der Priesterweihe die Neupriester den Strafen des Sperrgesetzes, das damals im Werden war und am 19. Februar zu Stande kam, entziehen und ihre Arbeit in der Pastoration noch ermöglichen. Daß der rückwirkende Charakter des Gesetzes die Gedanken des Bischofs durchkreuzte, ist bekannt. Die Neupriester vom 31. Januar 1874 haben zusammen 13 Jahre und 5 Monate Gefängnis diktiert erhalten, weil sie ihrem Bischof treu die hl. Messe lasen, Schule hielten und Kranke mit den Sterbesakramenten versahen.

Prälat und Dompfarrer Dr. Brettle gab aus Geschichte und persönlichen Erinnerungen ein lebendiges, zutreffendes und tief ergreifendes Bild von der damaligen Priesterverfolgung. Am Schluß seiner Rede entfaltete er das Gratulationsschreiben des badischen Staatspräsidenten an den Jubilar. Es hat folgenden Wortlaut:

„Der Staatspräsident.

Karlsruhe, den 25. Januar 1924.

Ew. Gnaden!
Hochwürdiger Herr Prälat!

Am 31. Januar ds. Js. sind 50 Jahre verflossen, seit der hochselige Bistumsverweser Dr. Lothar v. Kübel Ihnen und Ihren Kursgenossen in St. Peter die Hände aufgelegt und sie zu Dienern des Heiligtums geweiht hat. Die Umstände, unter denen es geschehen mußte, heben diese Priesterweihe aus dem Kreis der gewöhnlichen Ereignisse heraus; die Lebensgeschicke, die von den damaligen Zeiten bedingt waren, haben manches bittere Leid den ihren Idealen und ihrer Glaubensüberzeugung treuen Neupriestern gebracht. Ew. Gnaden nahmen an diesem Los teil, bis ruhigere Verhältnisse Ihnen die segensvolle Wirksamkeit im Weinberg des Herrn und zwar in der badischen Heimat wieder gestattete. Die 50 Jahre erzählen heute von vielen stillen Opfern seelsorgerlicher Arbeit, von edlen Bestrebungen auf dem Gebiete des kirchlichen Kunstlebens, von kluger und eifriger Verwaltungstätigkeit an der Seite zweier Erzbischöfe. All das Schaffen galt wohl zunächst der Ehre Gottes und dem Seelenheil des katholischen Volksteils, diente aber auch in seinen Auswirkungen dem Staatswohl, dem Autoritätsbewußtsein und der Ordnung im Volke und der fruchtreichen Pflege von Bürgertugenden.

Darum darf auch ich namens der badischen Staatsregierung zum goldenen Jubelfeste die herzlichsten Segenswünsche Euerer Gnaden übermitteln. Möge Gottes Vorsehung Ihren Lebensabend verklären!

In vorzüglicher Hochachtung
Eurer Gnaden
ergebenster
Köhler."

S. Gnaden
Herrn Prälaten, Domkapitular Dr. Brettle,
Freiburg.

Als das warmherzige Schreiben verlesen war, erhob sich spontan ein Beifall, der erkennen ließ, daß das Schreiben verstanden wurde.

Nun ließ sich der fast erblindete Jubelpriester zum Rednerpult führen und schilderte sein eigenes Sperrlingsleben. Tiefe Ergriffenheit beherrschte die ganze Versammlung ob der bitteren Erlebnisse, aber auch ob der Seelengröße der Verfolgten: „Ich habe immer für meine Verfolger gebetet und auf Gottes Vorsehung vertraut!" Das war das Leitmotiv der Ausführungen.

Kaufmann Rosett sprach die Glückwünsche der Laienwelt aus und stellte dann die Anfrage an den Herrn Dompfarrer Dr. Brettle, ob es richtig sei, was man sich in der Stadt erzähle, daß nämlich General von Chrismar ihn wegen seiner Silvesterpredigt bei dem Herrn Erzbischof verklagt habe! Der so Interpellierte zögerte zuerst, bestätigte aber dann die mehr wie auffällige Tatsache. Die Versammlung war über das Vorgehen des Generals, der nicht einmal die Predigt selbst gehört hatte, lebhaft entrüstet.

Rechtsrat Schweitzer rezitierte noch die Abschiedspredigt des hl. Chrysostomus; das theologische und psychologische und rhetorische Meisterwerk paßte um so mehr in die Feier hinein, als am 27. Januar die Kirche das Fest des hl. Kirchenlehrers feierte. Mit dem Papstliede schloß die prächtige Feier.

Bedauerliche Entgleisungen.

Aus berufener Feder wird uns geschrieben:

Der Bad. Beobachter hat sich schon früher im Interesse der Sache mit Entgleisungen des Schriftstellers Heinrich Mohr in Freiburg beschäftigen müssen, da diese geeignet waren, das katholische Volk irrezuführen und die Arbeit der Vertreter der katholischen Sache im Parlament und im öffentlichen Leben zu schädigen. Leider müssen wir aufs neue auf eine solche tief betrübende Auslassung aufmerksam machen. Sie findet sich in der neuesten Nummer des von ihm herausgegebenen Sonntagsblattes. Das Himmelreich Nr. 4 vom 27. Januar. Dort heißt es unter der Ueberschrift: „Weiß und Blau":

Von Konstanz fuhr ich um drei Uhr mit dem Schnelldampfer nach Lindau weiter. Unser Schiff trug die bayerische Flagge. Und merkwürdig, wie sogleich ein wohltuendes Gefühl geordneter Sicherheit von den Farben Weiß und Blau in die Seele einströmte! Es hatte mir im Eisenbahnzug über den Schwarzwald ein Augenzeuge von den geistigen kommunistischen Unruhen im badischen Oberland erzählt, wie Lausbuben die Betriebe stillegten und die Läden plünderten. Blut war geflossen. Desto lichter strahlte Bayern über die Wasser herüber als der deutsche Held Siegfried, der dem feuerspeienden Drachen Bolschewismus zu Leib gerückt war kühn und sieghaft. Kommt der wiederaufbauende Geist für Deutschland aus dem schöpferischen katholischen Süden voll unverbrauchter Kräfte? Der protestantische Norden hat seine staunenswerte Fähigkeit äußerer Organisation, worin er auch uns ein guter Zuchtmeister gewesen ist, bis zur Leere ausgegeben er erscheint mir wie eine ausgelaufene Maschine.

Ja es ist etwas Eigenartiges um die Ordnungszelle in Bayern! Man darf nur an den Hitler-Ludendorff-Putsch denken und an das Urteil, das Herr Kardinal Faulhaber in München über die Rechtsradikalen gefällt hat.

Dann fährt er weiter:

Erste Vorbedingung fürs Gesundwerden wäre die Abkehr von der heidnischen Weimarer Verfassung. Mag immerhin die Nationalversammlung von Weimar die beste aller demokratischen Verfassungen gemacht haben, so ist sie gleichwohl die Gründonnerstagsnacht unserer neuen inneren Geschichte: da hat der deutsche Petrus seinen Herrn und sein Land verleugnet. Daß ich für das in seinen Grundzügen doch sakrilegische Gemächte von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum die Stimme abgegeben habe, bleibt mir die unbehaglichste Erinnerung. Wer hatte die Verfassung gelesen? Und die nächststehenden Werkleute beschworen uns hoch und heilig, daß wir durch Annahme ihres Baues die christliche Zukunft unseres Volkes wahrten. Der feierliche Einspruch der Bischöfe geschah nachher. Soeben wieder beweisen gewisse Wahlpolitiker den christlichen Charakter der Weimarer Verfassung so genau, als zwei mal zwei vier ist. Vielleicht weil sie beispielsweise, was die Ehe angeht, nicht die Vielweiberei einführte, die von den Türken jetzt gesetzlich abgeschafft wird?

Es ist gewiß schon viel Schmähendes über die Weimarer Verfassung geschrieben worden, allein so Tiefstehendes doch noch nicht. „Da hat der deutsche Petrus seinen Herrn und sein Land verleugnet!" Was für ein geschmackloser Vergleich! Es sei ein „sakrilegisches Gemächte". (eine „heidnische Verfassung"). Alles, was Prof. Mausbach über das Zustandekommen der Verfassung und über die schwierige Arbeit der katholischen Parlamentarier in jenen Tagen geschrieben hat, ist umsonst geschrieben worden für solche Leute, die die Verfassung allem Anschein nach auch heute noch nicht gelesen haben, sonst könnten sie nicht in dieser Weise reden. Niemand hat noch vom Zentrum das Mangelhafte der Verfassung verteidigt; immer ist betont worden, daß manches nicht so ausgefallen ist, wie der katholische Standpunkt es fordert. (Wer kann denn in Deutschland eine solche Verfassung machen?) Die katholischen Bischöfe haben gegen einige Punkte protestiert, haben aber auch keinen Zweifel daran gelassen, daß den mutigen Vertretern der katholischen Sache bei Beratung der Weimarer Verfassung aller Dank gebühre. Die deutschen Bischöfe haben also ganz anders gehandelt als Herr Mohr, der der katholischen Sache durch solch armselige und billige Entgleisungen nur schadet. Für ein katholisches Sonntagsblatt sind solche Dinge keine Zierde!

—(*)—

Chronik.

Baden.

Ettlingen, 29. Jan.

Im Revier Mittelberg haben die Wildereien in der letzten Zeit stark zugenommen. Der Polizei ist es gelungen, mehrere Wilddiebe, die in Melsch wohnen, zu verhaften.

Bruchsal, 30. Januar.

Anläßlich des Besuchs des Senats der Universität Heidelberg am Samstag nachmittag beim jüngsten Ehrensenator, Herrn Fabrikant Gromer in Bruchsal, besichtigten die Herren das Bruchsaler Schloß, die städt. Sammlungen und das städt. Jugendheim. Die genialen Leistungen Balthasar Neumanns bei der Anlage des Treppenhauses und Johannes Zicks Malereien, die einfacheren Formen im Fürstensaal und die Pracht des Marmorsaales, die wertvollen Gobelins und die kunstvollen Schreine in der „Perle des Rokoko", wie das Schloß immer wieder genannt wird, erregten die Bewunderung der Heidelberger Gäste, die bei der anschließenden Besichtigung der im Erdgeschoß des Schlosses untergebrachten städt. Sammlungen und des in der Nachkriegszeit im früheren Salinenanwesen geschaffenen städt. Jugendheims (Heim für Kinder vom Säugling bis zum Handwerkslehrling) recht angenehm überrascht wurden von der schöpferischen Tätigkeit und den Erfolgen der Stadtverwaltung.

Bretten, 30. Jan.

Hinsichtlich der neuerdings wieder umlaufenden Gerüchte von einer geplanten Umwandlung der zweigleisigen Kraichgaubahn Heilbronn-Eppingen-Bretten-Karlsruhe in eine Nebenbahn haben laut Brettener Tagblatt die eingezogenen Ermittelungen ergeben, daß die Reichsbahndirektion Stuttgart zur Erzielung von Ersparnissen beabsichtigt, geeignete Hauptbahnen als Nebenbahnen zu betreiben. Ueber das Ergebnis der Untersuchung ist noch nichts mitgeteilt. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat bereits ihre Erklärung dahin abgegeben, die Absicht einer Umwandlung der Kraichgaubahn bestehe bezüglich der auf ihren Direktionsbezirk entfallenden Teil Karlsruhe-Bretten-Eppingen nicht.

Eberbach, 30. Jan.

Durch die kalte Witterung ist die Not des Wildes in den Waldungen sehr gestiegen. Der Ortschaft Friedrichsdorf haben Wildschweine an verschiedenen Tagen der letzten Woche einen Besuch abgestattet. Mitten in Friedrichsdorf sind von einem Jagdaufseher zwei Wildschweine geschossen worden, die stark abgemagert waren. Ganz in der Nähe des Ortes sind Rudel bis zu 20 Wildschweinen erschienen, die auf den Feldern großen Schaden verursachen.

Freiburg, 30. Jan.

Eine Anzahl oberbadischer Pferdezüchter hat sich entschlossen, aus eigener Kraft ohne die früher übliche Staatsunterstützung eine Kommission nach Oldenburg zu schicken, um auf den Anfang Februar dort stattfindenden Märkten ein- und zweijährige Stutfohlen anzukaufen.

Güttingen b. Radolfzell, 29. Jan.

„Die Sonne bringt es an den Tag" — dieses alte Sprichwort scheint sich auch bei der mysteriösen Mordgeschichte, die sich vor etwa zwei Jahren in dem kleinen Ort Güttingen abgespielt hat, zu bewähren. Wie vielleicht noch erinnerlich, wollten im August 1921 drei Handwerksburschen in einem Strohhaufen auf dem Felde bei Güttingen übernachten, wobei einer derselben erschossen wurde. 14 Tage später fand man dort ein Infanteriegewehr. Die der Tat verdächtigen beiden anderen Handwerksburschen wurden damals nach viermonatiger Untersuchungshaft vom Schwurgericht Konstanz freigesprochen, trotzdem die Gebrüder Honsell von hier seinerzeit einen Eid leisteten, wonach die beiden Handwerksburschen die Täter gewesen seien. Infolge Streits hat nun der jüngere Honsell seinen Bruder bei der Gendarmerie als den Täter bezeichnet, und beide Honsell sind am letzten Donnerstag ins Gefängnis in Radolfzell eingeliefert worden, wo sie bereits ein Geständnis abgelegt haben. Es ist bereits eine große Untersuchung eingeleitet.

Ueberlingen, 30. Jan.

Nachdem ein Antrag des Münsterbaufonds, ein Darlehen in Höhe von 30 000 Goldmark vor längerer Zeit seitens der Stadt abgelehnt worden war, ist jetzt an den Gemeinderat ein neues Ersuchen gegangen. Es soll ein Darlehen auf die Dauer von zwei Jahren in Höhe von 10 000 Mk. unverzinslich gewährt werden. Der Gemeinderat soll diesem Antrag einstimmig entsprochen haben. Die endgültige Entscheidung darüber dürfte in der nächsten Bürgerausschußsitzung erfolgen.

Konstanz, 29. Jan.

Dieser Tage gingen der Direktion des hiesigen Gymnasiums 1 200 000 österreichische Kronen, das sind 72 Goldmark, als Liebesgabe für bedürftige Schüler zu, die von den Professoren und Schülern des Gymnasiums in Feldkirch (Vorarlberg) gespendet worden sind.

Reichenau a. B., 30. Jan.

Unter Berücksichtigung des vorzunehmenden Wechsels in der Münsterpfarrei, wo die Stellung des Pfarrherrn wegen Ausscheidens unseres bisherigen Seelsorgers neu ausgeschrieben ist, wird die große Säkularfeier der zwölf hundertjährigen Klostergründung für nächstes Jahr verschoben.

Aus andern deutschen Staaten.

Leipzig, 29. Jan. Heute vormittag um 11 Uhr entstand im Panama-Gebäude ein Großfeuer. Die gesamte Feuerwehr der Stadt Leipzig war am Brandplatze tätig. Infolge der großen Kälte konnte nur mit Hilfe der mechanischen Leiter von außen her gegen das Feuer gekämpft werden. In dem Gebäude sind im Untergeschoß ein Restaurant und im ersten Stock ein Café untergebracht, das dem Feuer vollständig zum Opfer fiel. Der Brand ist auf Kurzschluß zurückzuführen.

—(*)—

Gerichtssaal.

Lörrach, 28. Jan. Die Ausschreitungen bei den hiesigen Septemberdemonstrationen werden in der nächsten Zeit die Freiburger Strafkammer beschäftigen. Die ersten 5 Angeklagten sind am Samstag abgeurteilt worden. Bei ihnen handelte es sich um die Teilnahme an den Vorgängen des 6. September, an welchem Tage vier Kriminalpolizisten, die das Kreisausschuß-Gebäude, in dem Verhandlungen über Lohnzuschläge stattfanden, vor der Menge schützen sollten, schwer mißhandelt worden sind. Der Oberwachtmeister Gerstner schwebt heute noch infolge der damals erlittenen Verletzungen in Lebensgefahr. Zu gleicher Zeit, als diese Ausschreitungen vor dem Kreisausschußgebäude stattfanden, marschierten andere Demonstranten nach den Wohnhäusern der Fabrikanten Vogelbach und König und drangen in die Wohnungen ein. Die 5 Angeklagten, die im Alter zwischen 17½ bis 24 Jahren standen, erhielten Gefängnisstrafen zwischen 3 und 10 Monaten. Bemerkenswert ist, daß an der Spitze der Plünderer die erst 17½jährige Elsa Heinrich aus Wurzen in Sachsen stand, die dabei besonders aufreizende Reden hielt; sie kam mit der milden Strafe von 5 Monaten Gefängnis davon.

—(*)—

Karlsruhe.

Die alten Kupferpfennige. Bekanntlich war vor einiger Zeit die Meinung stark verbreitet, daß die alten Kupferpfennige ihren alten Wert hätten und es wurden auch Geschäfte darin getätigt, da der Mangel an Kleingeld, besonders auch infolge der unabgerundeten Handelskammerscheine, ein großer ist. Nach einer Mitteilung der Reichsbank war dies aber unzulässig; jetzt geht eine Meldung durch die Blätter, die der Sache eine andere Wendung gibt.

In den nächsten Tagen schon wird dem 45. Ausschuß des Reichstages eine Verordnung zugehen, die die Gleichstellung der alten Kupfermünzen mit den Rentenpfennigen vorsieht. Diese Verordnung, die vom Reichsrat bereits genehmigt ist und nach Zustimmung des Reichstagsausschusses im Wege des Ermächtigungsgesetzes sofortige Gültigkeit erhalten wird, dürfte die seinerzeit aus dem Verkehr verschwundenen alten Kupfermünzen wieder zum Vorschein bringen und dem zurzeit bestehenden Kleingeldmangel bis zu einem gewissen Grade abhelfen. Wie groß die noch vorhandenen alten Münzbestände sind, läßt sich auch schätzungsweise kaum feststellen. Bei der Reichsbank sind die Reste davon eingeschmolzen worden. Die Verordnung wird sich nur auf die Ein- und Zweipfennigstücke erstrecken, die demnach eine ungeahnte Aufwertung erfahren. Weiterhin wird, wie schon kurz gemeldet, die Ausprägung von Rentenpfennigen verstärkt werden. Durch Erhöhung des seinerzeit festgesetzten Betrages von 1 Mark auf den Kopf der Bevölkerung auf 2½ Mark. Anstatt der von der Rentenbank ursprünglich vorgesehenen rund 60 Millionen Mark Rentengeld würden also gegen 150 Millionen Mark geprägt werden dürfen. Der bisherige Umlauf an Rentenmünzen beträgt höchstens 8 Millionen Mark, eine für den Verkehr nicht entfernt ausreichende Summe. Eine Inflationsgefahr hält man an maßgebender Stelle weder durch die Wiederinkraftsetzung der alten Kupfermünzen, deren Betrag nicht nennenswert ins Gewicht fallen kann, für gegeben, noch durch die Ausgabe neuen Rentenhartgeldes. Für letzteres muß laut Verordnung vom 8. November ein gleich großer Betrag von Rentenbriefen als Deckung bereitgehalten werden, der nicht zur Ausgabe von Rentenbankscheinen verwandt werden darf.

Kath. Arbeiterverein Bezirksverband Karlsruhe-Hardt. Der Bezirksverband hielt am 20. d. M. im Gesellenhaus seine Bezirkskonferenz ab; sie war gut besucht. Herr Diözesansekretär Dr. Schalk aus Freiburg hielt einen instruktiven Vortrag über die Neuorganisation der katholischen Arbeitervereine im Lande Baden. Nach lebhafter Diskussion wurde eine Entschließung gefaßt, durch Abhaltung von kath. Arbeitertagen im ganzen Lande die Oeffentlichkeit für die Bewegung zu interessieren. Der Arbeiterverein Durlach hält am Sonntag, 3. Febr., nachm. 3 Uhr, in Durlach in der Wirtschaft „zum grünen Hof", gegenüber dem Bahnhof, seinen Arbeitertag ab. Redner ist Herr Ministerialdirektor Dr. Fuchs. Zur Teilnahme sind alle Mitglieder des Arbeitervereins Karlsruhe, auch die Arbeiterinnen, herzlichst eingeladen. Für die kath. Arbeiterschaft von Karlsruhe findet der Arbeitertag am Sonntag den 17. Februar 1924, nachm. 3 Uhr, in der Brauerei Kammerer (Ecke Waldhorn- und Kaiserstr.) ab. Als Redner ist der Parteichef, Herr Prälat Dr. Schofer gewonnen. Vorher findet um 2 Uhr in der St. Stefanskirche eine kirchliche Andacht mit Predigt des hochw. Herrn Stadtdekan Dr. Stumpf statt. Den einzelnen Vereinen im Bezirksverband werden besondere schriftliche Einladungen noch zugehen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Bezug des Bad. Beobachters für jedes Mitglied Ehrensache ist. Zur Durchführung dieses wird ein besonderer Pressesausschuß noch eingesetzt werden. Auf die am Montag, den 4. Februar 1924, abends 8 Uhr, im Volksbüro, Blumenstr. 8 stattfindende Generalversammlung, wozu besonders die Vorstandsmitglieder und die Vertrauensmänner eingeladen sind, sei hingewiesen. (Siehe Inserat.)

Seltenes Doppeljubiläum. Morgen, Donnerstag, den 31. Januar, kann der früher viele Jahre in der Hauptwerkstätte tätig gewesene und seit einiger Zeit pensionierte 75jährige Werkaufseher und Kriegsveteran von 1870/71 Aug. Schäfer und seine 72 Jahre alte Ehefrau Berta Schäfer geb. Offenburger nicht allein das goldene Ehejubiläum, sondern zugleich auch das 50jährige Jubiläum des Wohnens in ein und demselben Hause (Schützenstraße 34) begehen. Gewiß ein seltenes Jubiläum, das Wenigen beschieden ist. Unseren herzlichen Glückwunsch dem noch rüstigen Ehepaar, das auch viele Jahre treuer Abonnent des Beobachters war. J.

Unfall. Am Montag vormittag wurde auf dem Markt am Ludwigsplatz die Ehefrau eines Taglöhners von hier durch einen Vorübergehenden leicht angestoßen. Sie stürzte dadurch so unglücklich zu Boden, daß sie einen Oberschenkelbruch davontrug und ins städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

Einen Selbstmordversuch beging am Sonntag vormittag ein hier wohnhafter verheirateter Handlungsgehilfe im Zustand geistiger Umnachtung dadurch, daß er sich durch einen Schnitt mit dem Messer in den rechten Oberarm die Schlagader öffnen wollte. Der Verletzte fand Aufnahme im städt. Krankenhaus, die Verletzung ist nicht lebensgefährlich.

Vom Schöffengericht hier wurde am Montag ein Milchsammler in Spöck wegen Milchfälschung zu zwei Wochen Gefängnis und 100 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Er hatte die gesammelte Milch vor ihrer Hierhersendung entrahmt und die aus dem Rahm hergestellte Butter nach Bruchsal verkauft.

Badisches Landestheater.

Das V. Sinfonie-Konzert

des Bad. Landestheaters stand im Zeichen der Moderne: Wilhelm Groß, der Schreker-Schüler, kommt aus dem östlichen, Robert Heger, ohne deutliche Schulmerkmale, kommt aus dem westlichen (geographisch und künstlerisch bestimmten) Bezirk. Zwischen ihnen steht sozusagen Max Reger, in eben dem Sinne etwa. Von Groß stand die „Ouverture zu einer opera buffa" zur Aufführung, die eine deutliche Affinität mit Schreker in der instrumentalen Behandlung zeigt, aber dennoch eigene Wege inbezug auf eigenartige Themenführung geht. Wenn sich Groß auch noch nicht die große Form erschlossen hat und sein im modernen Musikschaffen laut gewordener Name in der Hauptsache mit der intimen Kammermusik verknüpft ist, so war es trotzdem verdienstlich, bei der gestrigen Gelegenheit auf dieses jüngste ausgreifende Werk des jungen Wieners zurückzukommen. An zweiter Stelle standen Max Regers „Variationen und Fuge über ein Thema von Beethoven". Wie immer bei Reger, bezaubert hier die edle technische Struktur, die Tiefe der Gedanken und eine lebhaft geschwungene Linie des Gefühls. Beiden ungleichartigen Schöpfungen wurde die Stabführung des Gastdirigenten Robert Heger, des 1. Kapellmeisters am Münchener Nationaltheater, gerecht, am besten aber geriet ihm Reger, für den er eine besondere Vorliebe zu haben scheint. Man hatte sich rasch mit der zunächst akademisch kühl scheinenden, jedoch das innere Feuer sympathisch dämpfenden Art seiner Direktion befreundet und konnte befriedigt feststellen, daß seine Ruhe eine unbeirrbare Beherrschung des großen Orchesterapparats bedeutete. Noch mehr kam dieser Vorzug bei des Dirigenten eigener Komposition, der „Ersten Symphonie D-moll für großes Orchester" zur Geltung. Ohne Zweifel ist dies Werk von urwüchsiger Art, reich an thematischen Einfällen und oft übersprudelnd von klanglichen Schönheiten, womit nicht gesagt sein soll, daß größere Meister vergeblich seinen Weg gekreuzt hätten und daß vor allem an Richard Strauß nicht die eine oder andere Reminiszenz geweckt würde. Im Ganzen aber stellt sich das Opus als eine mit den besten und kühnsten formalen Mitteln in ein tiefgehendes musikalisches Erleben umgestaltete, innerlich zwingende Auseinandersetzung des Komponisten dar, und glaubhaft jeden Zweifelsrest beseitigend führt uns das immer wieder frohlockend angestimmte Choralthema des vierten Satzes zur Höhe innerer Befreiung hinan. Das Orchester entfaltete sich gerade in diesem Werke zu mächtigster Wirkung im einzelnen wie im gesamten und durfte zum größten Teil den Beifallssturm auf sich beziehen, der hiernach einsetzte. Der Dirigent-Komponist konnte jedenfalls mit dem doppelten Erfolg bei dem innerlich nahbeteiligten Karlsruher Publikum zufrieden sein.

Dr. H. A. B.

*

Bad. Landestheater. „Die Orestie des Aischylos" in der Uebertragung von Carl Vollmöller wird am Mittwoch, den 30. Januar (Abonnement F 13), und am Samstag, den 2. Februar, wiederholt. Georg Kaisers „Nebeneinander", Volksstück 1922, erreicht am Donnerstag, den 31. Januar, seine fünfte Aufführung. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 3. Februar, mit erneuertem Programm der bisher stets vor ausverkauftem Hause gegebene „Bunte Abend" wiederholt, wobei das Lustspiel „Die Tageszeiten der Liebe" von Dario Nicodemi zum zweitenmal in Szene geht.

Kunst / Wissen.

Besuch der Thoma-Ausstellung in Basel. Die Thoma-Ausstellung in Basel findet begreiflicherweise bei allen Kreisen der Bevölkerung lebhaftes Interesse. Um zu möglichst günstigen Bedingungen den Kunstfreunden unserer engeren Heimat die Möglichkeit des Besuches dieser Ausstellung zu verschaffen, sind Sonderzüge vorgesehen, die im Einvernehmen mit in Betracht kommenden Organisationen vorbereitet werden sollen. Die einzelnen Sonderzüge werden voraussichtlich zirka 400 bis 600 Personen führen können; der ermäßigte Fahrpreis nach Basel hin und zurück wird 3. Klasse 10 Mk., 4. Klasse 6,80 Mk. betragen. Die Züge fahren jedoch nur die Fahrzeit der direkten Schnellzüge. Mit den Schweizer Behörden sind Verhandlungen im Gange, um für den einmaligen Besuch die Gebühr des Visums zu ermäßigen. Es ist vorgesehen, den Teilnehmern der Sonderzüge auch den Besuch des Basler Museums zu ermöglichen, das neben seinen berühmten Bildern von Böcklin eine wundervolle Sammlung altdeutscher Gemälde (Holbein, Grünewald, Baldung, Witz 2c.) enthält. Auf diese in Aussicht genommene Veranstaltung sei bereits jetzt hingewiesen, damit diejenigen Personen, die sich beteiligen wollen, Sorge tragen, einen ordnungsgemäßen Paß bereitzustellen. Genaue Mitteilungen über den Termin der Sonderfahrten und die näheren Bedingungen werden noch bekannt gegeben. Anfragen können an die Direktion der badischen Kunsthalle (Telephon 4972) gerichtet werden.

Neue Mount Everest-Expedition. Brigadegeneral Brue tritt Donnerstag von London aus seine Reise nach Indien an, wo er die Führung der bisherigen Mount Egerest-Expedition zu Beginn des Frühlings unternimmt. Die Expedition stellt den dritten Versuch dar, den höchsten Gipfel der Erde zu bezwingen.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 29. Januar.

MM = Millionen Mark: TM = Tausend Mark die Einheit.

	28. Januar Geld	28. Januar Brief	29. Januar Geld	29. Januar Brief
Amsterdam	1556100 MM	1563900 MM	1566075 MM	1573925 MM
Buen.-Aires	1356000 „	1363400 „	1356600 „	1363400 „
Brüssel	172568 „	173432 „	173565 „	174435 „
Christiania	567578 „	570422 „	558600 „	561400 „
Kopenhagen	671318 „	674682 „	671318 „	674682 „
Stockholm	1088273 „	1093727 „	1103235 „	1108765 „
Helsingfors	104986 „	105514 „	104737 „	105263 „
Italien	183540 „	184460 „	184288 „	185212 „
London	17755500 „	17844500 „	17955000 „	18045000 „
New-York	4189500 „	4210500 „	4189500 „	4210500 „
Paris	192368 „	193232 „	195510 „	196490 „
Schweiz	723188 „	726812 „	724185 „	727815 „
Spanien	528675 „	531325 „	528675 „	531325 „
Lissabon	128677 „	129323 „	128677 „	129323 „
Japan	1865325 „	1874675 „	1865325 „	1874675 „
Rio de Jan.	458850 „	461150 „	458850 „	461150 „
Wien	59351 TM	59649 TM	59351 TM	59649 TM
Prag	121944 MM	122556 MM	120946 MM	121554 MM
Jugoslavien	47979 „	48221 „	47979 „	48221 „
Budapest	144138 TM	144862 TM	144188 TM	144862 TM
Sofia	29925 „	30075 „	30174 „	30326 „

Berlin.

Die Kurse verstehen sich für 1 Billion Prozent.

	28. 1. 24	29. 1. 24		28. 1. 24	29. 1. 24
Hapag	45.—	46,—	Mix u. Genest	5,7	5,25
Nordd. Lloyd	10.25	10,—	Mech. Lind	10,60	11,60
Dt. Bank	19,40	19,50	N.S.U.	6,40	6,40
Dresdener Bank	12,50	12,0	Oberbedarf	30.25	29,50
A. G. f. Anilin	22,35	22.25	Oberschl. Caro	33,30	33.—
Berger Tiefbau	7,—	7,25	Orenstein	24,12	24,50
Bremer Linol	17.40	18,—	Rheinstahl	41.25	41,25
Dt. Atl. Telephon	24,90	24,50	Rhenania	14,—	12,14
Dt. Luxembg.	58,50	59,75	Romb. Hütte	22,74	22,25
Dt. Waffen	12,65	13,75	Sachsenw.	3,80	3,84
Dt. Wolle	—,—	9.—	Sarotti	1,84	2—
Dynamit Nobel	11,12	11,37	Scheidemandel	35,—	35,—
Elberf. Farben	2,2	26,—	Sinner	10,60	11,25
Gaggenau	6,75	7—	Teleph. Berlin	8,75	8,12
Gelsenkirchen	64,95	65,—	Ver. Stahl Zypen	—,—	—,—
Germania Zement	—.—	16.50	Zellst. Verein	3,—	2,60
Ges. f. el. Untern.	16—	16,7	Zellst. Waldhof	11,—	10,75
Hannov. Waggon	3,—	4,75	Otavi Minen	33,—	32,25
Harpener Bergw.	1,25	31,50	5% Anhal. Rogg.	5—	4,50
Gotzen	58,—	57,—	5% Bad L. Kohl	13,—	13,0
Hohenlohew.	37,50	37,25	5% Landw. R. Z.	4,—	4,—
Aschersleben	20,87	26,15	5% Schwerin R.	4,80	4,90
Karlsr. Masch.	5,50	4.62	Oldenburg	14,—	14,50
Kollmar Jordan	39.—	33,—	5% Rogg. u. Rent.	4,50	4.30
Köln Rottweil	14—	13,37	5% Sächs. Braunk.	2,0	2.60
Laurahütte	22.30	22,37	5% Sächs. Landw.	4,30	4,50
Leopoldsgrube	10,50	15,—	5% Eil./nb. Bos.	5,75	6,—
Lindes Eism.	7,51	7,20	3% Port. Spez.	7,75	7.75
Linke Hofmann	32,75	32,75	5% Goldmexikaner	4,—	45.—
Magirus	3.40	3,90	Kosmos	50.—	45,50
Gebhardt	3,50	34,—	Badische Zucker	5,75	5,84
Gotha Waggon	5,—	5,4	Dt. Masch.	11,60	11,50
Hartmann	6,80	7,57	Salzdefurth	34,—	34,—
Heilbr. Zucker	6,25	6,40	Stoehr	91,25	90,—
Knorr	6,75	6,90	Stuttgart. Zucker	6,40	6,25
Lindström	26,50	27,—	Teichgräber	2.24	2.25
Lingelbach	4.—	4,25	Thoeris Oel	10,—	9,75
C. Lorenz	7,37	7,37	Neuguinea	9,50	9,25
Mansfelder	14,25	14,5	Pomona	—,—	—,—
Maximilianshütte	7,10	7,10	Diamond Sheres	15,50	15.50

Berlin, 29. Jan. (Börsenbericht) An der heutigen Börse war bei sehr ruhigem Geschäft die Tendenz fest. Am Aktienmarkt vollzog sich der Verkehr fast durchweg auf der Basis der gestrigen Kurse; größere Veränderungen waren kaum zu verzeichnen. Publikum wie Berufsspekulation sind durch die Ankündigung neuer Börsensteuern erneut verstimmt. Außerdem gestaltet sich das Börsengeschäft durch die Ungewißheit über den Inhalt der dritten Steuernotverordnung auch weiterhin schleppend. Die heutigen Regierungserklärungen zu den bevorstehenden Verhandlungen über die Sachverständigenausschüsse in Berlin tragen ebenfalls zur Zurückhaltung bei. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Börse im Zeichen des Ultimos steht der zwar bei der jetzigen Flüssigkeit kurzfristigen Geldes leichter zu überwinden ist, aber dennoch eine regere Geschäftstätigkeit nicht aufkommen läßt. Tägliches Geld ist für 1 pro Mille pro Tag reichlich zu haben. Man rechnet für den kommenden Montag mit einer erheblichen Ermäßigung der Geldsätze. Das Geschäft ist nicht sehr groß. Bemerkenswerte Umsätze fanden nur in Kriegsanleihen statt.

***

Dollar- und Goldmark-Umrechnungstabellen. Eine Zusammenstellung des Dollarstandes sowie der Goldmark in Papiermark vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1923 wird in einem vor kurzem erschienenen Büchlein auf 20 Seiten in gut übersichtlicher Weise geboten. Es enthält außerdem den Monats-Durchschnittskurs und bildet somit für jedes Geschäft und jede Privatperson ein unentbehrliches Nachschlagewerk. Das Büchlein kostet nur 50 Pfg. und ist vorrätig in der Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Die Mannheimer Vereinigung der Banken und Bankiers hat beschlossen, alle Rentenmarkguthaben über 500 Rentenmark, wenn sie mindestens einen Monat zur Verfügung der Bank bleiben, ohne weiteres auf Dollargrundlage zu valorisieren. Dieser Beschluß bedeutet einen wesentlichen Fortschritt für die Wiederherstellung eines geregelten geschäftlichen Verkehrs und zeugt zugleich von dem Vertrauen, das man in den berufenen Kreisen zur Stabilität der Rentenmark hat.

Mannheimer Pferdemarkt vom 28. Januar. Dem Pferdemarkt am Montag waren zugeführt: 97 Arbeitspferde und 38 Schlachtpferde. Bezahlt wurden für Arbeitspferde 500—1500, für Schlachtpferde 40—100 Goldmark pro Stück. Tendenz: mittelmäßig.

Die Einlösung des wertbeständigen Eisenbahnnotgeldes. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit: Die bei der Deutschen Verkehrskreditbank zur Umrechnung des wertbeständigen Notgeldes eingerichteten Konversionskasse ist nur für die an die Kasse angeschlossenen Banken bestimmt. Für andere Interessenten kann in begründeten dringlichen Fällen die Einlösung des wertbeständigen Eisenbahnnotgeldes bei der Hauptkasse der Reichsbahndirektion Berlin nach Maßgabe der verfügbaren Mittel erfolgen. Im Reichsverkehrsministerium selbst finden Umberechnungen nicht statt.

Ein Beruhigungsaufruf gegen die Inflation in Polen. Die polnische Regierung wendet sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, worin sie ihrer Hoffnung Ausdruck gibt, daß die gegenwärtige Inflation bis spätestens Anfang Februar behoben werde. Die Regierung weist darauf hin, daß ihr durch eine künftige Emissionsbank Kredite zur Verfügung stehen werden, die dazu dienen, die Grundlagen einer neuen Währung zu befestigen, die den Sparsinn wecken und im ganzen Lande wieder eine gesunde Kreditbewegung hervorrufen würde.

Panik an der Warschauer Börse. Infolge der Einstellung des Notendruckes entstand gestern eine Panik an der Warschauer Börse. Die ausländischen Devisen begannen rapide zu sinken.

Inbetriebnahme des Walchenseewerkes.

Am Sonntag nachmittag hat sich ein für das bayerische Wirtschaftsleben bedeutendes Ereignis durch die teilweise Inbetriebnahme des Walchenseewerkes und des Bayernwerkes vollzogen. Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling, mehrere andere bayerische Minister, sowie Vertreter der Reichsregierung und der württembergischen Regierung wohnten der Inbetriebnahme bei. Im Sommer d. J. wird auch die große Kraftwerkanlage in der mittleren Isar ihren Betrieb aufnehmen, sodaß dann die Versorgung des ganzen bayerischen Landes mit elektrischem Licht und Strom durchgeführt sein wird.

Umsatzsteuer und Ausfuhr.

Die Frage, inwieweit die Ausfuhr jetzt von der Umsatzsteuer freigestellt ist, gibt noch zu manchen Zweifeln Anlaß. Zur Klärung dieser Zweifel weist die Steuerabteilung der Handelskammer Karlsruhe darauf hin, daß auf Grund der zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 Umsätze in das Ausland umsatzsteuerfrei sind, wenn:

1. im Gesetz nicht etwas anderes bestimmt ist, wie beim Verbringen von Originalwerken der Kunst, Antiquitäten und gewissen Sammelgegenständen;
2. die Bestimmungen des Reichsrats über die Sicherstellung der Herkunft und der Bestimmung der Gegenstände innegehalten werden; es müssen also die für Lieferungen von ausgeführten Gegenständen vereinnahmten Entgelte getrennt von den sonstigen Vereinnahmungen unter Angabe des Gegenstandes nach seiner handelsüblichen Bezeichnung, des Namens und Wohnortes des ausländischen Erwerbers und des Tages der Lieferung ins Ausland gebucht werden;
3. die Lieferungen ins Ausland in Ausführung eines von dem Ausführenden unmittelbar ins Ausland abgeschlossenen Vertrages erfolgen. Eine Lieferung an den Ausfuhrhändler ist also umsatzsteuerpflichtig, auch wenn der Lieferer im eigenen Namen die Ware unmittelbar ins Ausland sendet; die Versendung ins Ausland allein genügt nicht zur Herbeiführung der Steuerbefreiung. Nur der inländische Unternehmer, der selbst die Ware unmittelbar ins Ausland verkauft, und sie mit einem auf den ausländischen Empfänger ausgestellten Versandpapier zur Beförderung gebracht hat, ist umsatzsteuerfrei.

Die Wiedereinführung der Steuerfreiheit für die Ausfuhr hat es notwendig gemacht den Vergütungsanspruch des Ausfuhrhändlers ebenfalls wieder aufleben zu lassen. Dem Ausfuhrhändler wird also trotz der Steuer, die auf dem Umsatz vom deutschen Fabrikanten oder deutschen Großhändler an ihn liegt, ermöglicht, die Waren unter Ansatz des gleichen Gestehungspreises für die Feststellung des Auslandshandelspreises, wie ihn der unmittelbar ausführende Fabrikant oder Großhändler seiner Kalkulation zugrunde legt, dem Ausland anzubieten.

Eingesandt.

Betr. Theaterbesuch der Handlungsangestellten.

Bei der angestrebten und wohl auch in Bälde eingeführten 9. und mehrstündigen Arbeitszeit wird es den theater- und konzertliebenden Angehörigen obiger Berufsgruppe nahezu unmöglich werden, Theater und Konzerte in Zukunft zu besuchen. Es wird deshalb an die verehrliche Verwaltung des Landestheaters die Bitte gerichtet, zu erwägen, ob nicht die Späterlegung des Beginns der Vorstellungen auf halb 8 und 8 Uhr ermöglicht werden kann, um auf diese Weise den bis halb 7 und 7 Uhr Arbeitenden den Besuch des Theaters und eventuell der Konzerte zu gestatten. Um das Ideal bei den werktätig Arbeitenden nicht zu ertöten, wäre eine Aenderung in dem angestrebten Sinne zum Besten weiter Kreise und damit auch zum Wohle des Volksganzen dringend geboten.

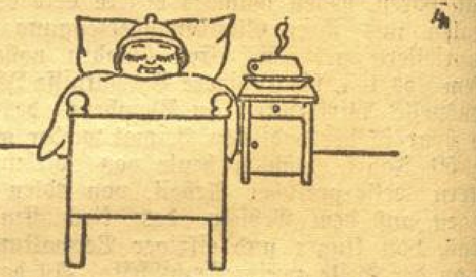
Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 25. Jan.: Luise Dörner, alt 54 Jahre, Ehefrau des Eisenbahnoberschaffners Franz Dörner; Dorothea Hack, alt 57 Jahre, Ehefrau des Nachtwächters Jakob Hack. — 26. Jan.: Stephanie Schürch, alt 52 Jahre, Witwe des Blechnermeisters Eduard Schürch; Alfred, alt 3 Jahre, Vater Anton Leibold, Küfer. — 27. Jan.: Emilie Lieb, Haushälterin, ledig, alt 71 Jahre; Franz Bischof, Gipsermeister, Witwer, alt 73 Jahre; Karoline Santo, alt 78 Jahre, Witwe des Betr.-Sekr. Wilhelm Santo; Barbara Eggensperger, alt 80 Jahre, Witwe des Maschinisten Johann Eggensperger; Friederike Bauer, alt 76 Jahre, Witwe des Werkmeisters Ludwig Bauer.

Wetterbericht

Mit einem neuen mitten im Ozean liegenden Luftwirbel wandert das über Westeuropa gelegene Hochdruckgebiet ostwärts. Unter seinem Einfluß hat die Aufheiterung weitere Fortschritte gemacht. In der Nacht ist infolge stärkerer Wärmeausstrahlung stärkerer Frost eingetreten (Karlsruhe —6,6 Grad). Morgen wird der hohe Druck noch Einfluß behalten.

Voraussichtliche Witterung. Meist heiter, im übrigen neblig; trocken, Nachtfrost; am Tage teilweise über 0 Grad.



Kochst mit Quieta Kaffee du, Schläfst du die Nacht in guter Ruh!

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Amtsbezirk Karlsruhe betr.

Nachdem die Mehrheit der Beteiligten im gesetzmäßigen Abstimmungsverfahren sich für die Errichtung einer Zwangsinnung ausgesprochen hat, wird hiermit auf Antrag der „Freien Schuhmacherinnung für die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe" gemäß §§ 100 ff. Gew.-Ordg. die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk im Amtsbezirk Karlsruhe angeordnet. Die Innung wird den Namen „Schuhmacher-Zwangsinnung der Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe" führen und ihren Sitz in Karlsruhe haben.

Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Genehmigung der Innungssatzung in Wirksamkeit.

Gegen den Erlaß dieser Anordnung steht den beteiligten Gewerbetreibenden binnen einer Frist von 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an gemäß § 100 b Gew.-Ordg. die Beschwerde an das Ministerium des Innern zu.

Karlsruhe, den 28. Januar 1924.
Badisches Bezirksamt.
Polizeidirektion B. C 8. 7

Pensionen.

Zahltag: Freitag, 1. Februar und Mittwoch, 13. Februar im Kassenraum der Staatsschuldenverwaltung,
für Pensionäre vormittags 8—10 Uhr,
für Witwen nachmittags 3—5 Uhr.
Landeshauptkasse.

Katholischer Frauenbund
Bundes-Abend
mit Aufführung des religiösen Schauspiels
„Mutter Anna"
von Frau Klara Siebert.
Jeweils abends 8 Uhr, im St. Agneshaus, **Mittwoch, den 6. Februar,** für die **Mitglieder des Kath. Frauenbundes,** nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte. Eintritt 1 Mk. und 20 Pfg. **Freitag, den 8. Februar,** für die Mitglieder der angeschloss. Vereine. Eintritt 1.20 Mk. u. 80 Pfg. Karten auf dem Sekretariat Blumenstr. 3, 9—11 Uhr vorm., 3—5 Uhr nachm., mit Ausnahme des Samstag-Nachmittags.

Badische Lichtspiele
Heute Abend 8 Uhr, Mittwoch, den 30. Jan., nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr:
Filmvortrag:
Der deutsche Wald
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.
Konzerthaus ist geheizt!

Mieterschutzverein e. V. Karlsruhe.
Blumenstraße 3.
Sprechstunden: Dienstag und Donnerstag von 6½—8 Uhr, Samstag von 4—6 Uhr.

Kein Laden — **Staunend billige Verkaufstage** — Keine Spesen

Freitag | Samstag | Montag | Dienstag

Es kommen nur beste erstklassige Qualitäts-Waren zum Verkauf

Davon einige Beispiele:

Halbleinen für Kissen, Mtr.	2.20	1.90	1.70	
Haustuch für Bettücher, „		2.60	2.20	
Cretton 160 breit, schwere Qualität, für Ober-Bettücher		3.20	2.90	
Halbleinen für Bettücher, volle Breite	3.90	3.60	3.20	
Halbleinen extra fein, 160 breit, für Ober-Bettücher		4.90	4.20	
Bettdamaste 130 breit,	3.50	2.80	2.20	2.—
Handtücher extra Qualitäten.	1.50	1.20	0.90	0.80

Matratzendrelle beste Qualitäten	4.80	4.20	3.60
Bettkattune 130 breit, schwere Ware, Mtr.			2.20
Manchester für Sport-Anzüge, prima Ware, „			4.80
Cover-Coat für Mäntel, ca. 130 breit, „			10.50
Garbardine 130 breit, moderne Farben, „			8.50
Zefir viele moderne Streifen, Mtr.		1.80	1.60
Homespun 140 breit für Anzüge, Kostüme Mtr.			6.50

Ausserdem noch sonstige preiswerte Artikel.

Damen-Wäsche neu und gross aufgenommen

Bettfedern u. Daunen Extra billig — Bettbarchente prima Qualität Extra billig

darum so billig. — Etagen-geschäft **Ernst Junge** Kaiserstr. 79, 2 Treppen — darum so billig.

Die
„Deutsche Bodensee-Zeitung"
ist die größte und verbreitetste Tageszeitung in der Bodenseegegend und das führende Organ der Katholiken im badischen Oberland
Wer sich über die Ereignisse des Tages und die Vorgänge im öffentlichen Leben der Seegegend rasch und zuverlässig orientieren oder eine Heimatzeitung vom See regelmäßig lesen will, der bestelle die täglich meist 8 Seiten stark erscheinende
„Deutsche Bodensee-Zeitung"
die mit ihren beliebten 3 Wochenbeilagen: „Bodensee-Chronik" — „Wege zum Frieden" — „Der Landwirt am Bodensee" für jedes kath. Haus ein treuer Familienfreund und Berater in allen Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens geworden ist.
Der Bezugspreis
beträgt bis auf weiteres Mark 2.40 per Monat.
Erstklassiges Insertionsorgan

Mehrere tüchtige
Putz-Zuarbeiterinnen
per sofort gesucht
Werkstätte
feiner Lederhüte, G. m. b. H.
Kaiser-Allee 25
Telefon 1077

Methode Ritter
Sprachlehrinstitut
Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch
Anmeldung von 9 Uhr morg. bis 10 Uhr abds.
Leopoldstr. 1
(am Kaiserplatz).
Keine Nachzahlungen.

2 unmöbl. Zimmer zu mieten gesucht. Ang. u. t. N. 421 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Kohlen
Alle Hausbrandsorten liefert prompt und billig
Karlsruher Kohlenhandelsgesellschaft m. b. H.
Büro: Luisenstr. 16 — Telefon 3203 — Lagerplatz: Wilhelmstr.

Ankauf
Gold-, Silber-, Platingegenstände, Brennstifte, Gold- und Silber-Münzen
Gebisse
mit echten Stiften zu Tagespreisen.
Rieg u. Ziegler,
Akademiestrasse 26.

Bad. Landestheater.
Mittwoch, den 30. Jan. 7—¾10 Uhr Sp. I. 4.20. Abon. F. 13. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700, und 1901—2200
Die Orestie des Aischylos.

Frachtbriefe liefert schnellstens **A.-G. Badenia**

Für Brautleute 2 neue, 3teil. Roßhaarmatratzen, Keil, 1 Diwan, 4 Stühle, alles zusammen 200 Mk. Kinderbett (zweischläf.) 15 Mk. zu verkaufen Sofienstr. 12, Tapezierwerkst. 2—5 Uhr.

Wohnungstausch! Herrschaftliche 5 bis 6-Zimmerwohnung (Kriegstraße), gegen ebengroße im Zentrum zu tauschen gesucht. Ang. unt. Nr. 44 an die Geschäftsst. d. Bl.

Frau zum Waschen u. Bügeln einer Herrenwäsche gesucht. Gefl. Anfragen unter O. 420 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Junger, solider und intelligenter kaufm. Angestellter sucht per 1. Febr. oder später gut möbl.
Zimmer,
möglichst Nähe des Marktplatzes. Gefl. Ang. mit Preisangabe erbeten unt. Nr. L. H. 333 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Wir suchen Abonnentensammler!
redegewandte, zuverlässige Personen mit guten Empfehlungen, gegen hohe Provision, bei zufriedenstellenden Leistungen eventuell gegen Fixum.
„Badenia" A.-G., Karlsruhe,
Adlerstraße 42.